

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F. XXIV/223

Bonn, den 21. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>"Unserem demokratischen Staat beispielgebend gedient"</u> Zum 63. Geburtstag von Alfred Nau Von Hans-Jürgen Wischniewski, Bundesgeschäftsführer der SPD	50
2	<u>Parlamentsreform als bleibende Aufgabe</u> Es gilt, die Rechte des Bürgers zu stärken Von Dr. Hans Apel, MdB	44
2a	<u>Prädikat: Staatspolitisch wertvoll!</u> Koalitionsbildung und CDU-Reform - einmal anders gesehen	50
3 - 4	<u>Ohne billige Energie keine Zukunft</u> Zusammenhänge zwischen Kernenergie und regionaler Strukturpolitik	96
5	<u>Spaniens Falange ist zerstritten</u> Machtwechsel entzweit spanische Einheitsbewegung Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	49

"Unserem demokratischen Staat beispielgebend gedient"

Zum 63. Geburtstag von Alfred Nau

Von Hans-Jürgen Wischnewski, Bundesgeschäftsführer der SPD

Zu seinem 63. Geburtstag hat der Bundespräsident dem Schatzmeister und Geschäftsführenden Präsidiumsmitglied der SPD, Alfred Nau, das Große Verdienstkreuz mit Schulterband und Stern verliehen, das ihm vom Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, überreicht wurde. Diese hohe Auszeichnung wurde einem Manne zuteil, der wahrlich - wie es Willy Brandt einmal formulierte - der "Festigung unseres demokratischen Staates beispielgebend gedient hat".

Daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands um Alfred Nau beneidet wird, wie Politiker der verschiedensten Richtungen offen bekannten, hat viele Gründe. Er hat ihr ein gesundes materielles Fundament gelegt und ausgebaut; er hat ihr die Unabhängigkeit gesichert, derer sie bedarf, um frei vom Druck finanzstarker Interessentengruppen das Allgemeinwohl über Gruppenegoismus stellen und vertreten zu können.

Hätte er nur dies getan, so wäre es schon genug, um zu sagen, daß er damit Wege für die Entwicklung unserer Demokratie wies. Aber jene Leistung ist nur ein Teilaspekt. Seine Ziele waren weiter gesteckt. Ihm ging es darum, den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen, der den demokratischen Parteien - allen Parteien - vorgegeben war. Dieser Auftrag lautete, Aufbau und Organisation der Parteien so zu gestalten und zu demokratisieren, daß sie tatsächlich an der Willensbildung unseres Volkes mitwirken können: Durch eine freie Willensbildung in ihren eigenen Reihen, durch Offenlegung ihrer Finanzen, durch freie und geheime Wahl aller Amtsträger, von der untersten Grundzelle bis zum obersten Führungsgremium. Gewiß, für die Sozialdemokratie waren das Selbstverständlichkeiten, verwurzelt in einer über hundertjährigen Tradition. Im Parteienspektrum Nachkriegsdeutschlands indes nicht. Das Parteiengesetz, für das er gekämpft und dessen Geist er geformt hat, erfüllte den Grundgesetzauftrag und setzte Maßstäbe für alles parteipolitische Wirken in diesem Teil unseres Landes. Davon profitieren alle: Die Parteien ebenso wie jeder einzelne Bürger, der sich zu politischem Engagement entschließt.

Nur wenn dieses politische Engagement zum Normalverhalten wird, kann unsere Demokratie von sich sagen, sie habe sich durchgesetzt und so gefestigt, um jedem Sturm zu trotzen. Politisches Engagement indes kommt nicht von alleine. Es erwächst aus politischer Bildung. Auch dieser Zusammenhang hat in Alfred Naus seinen Ausdruck gefunden. Als Geschäftsführender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung hat er in einer Zeit, in der andere über Deutschlands Bildungsdizität lamentierten und nur zu oft auf der Stelle traten, deutliche Zeichen gesetzt. Begabtenförderung, Ausbau eines Stipendiatensystems, Erwachsenenbildung - all das wurde angepackt und vorangetrieben. Und dieses Werk verband sich untrennbar auch mit der internationalen Solidarität. Bildungshilfe für die Dritte Welt, also Hilfe zur Selbsthilfe, das ergänzte jenes auf das eigene Land bezogene Programm der Stiftung, das im Geiste des ersten Reichspräsidenten darauf abzielt, geistige Fundamente für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu legen. Für eine Ordnung, die nur in einer gesunden Welt ihre volle Verwirklichung finden kann.

"Er kann der Dankbarkeit seiner Partei gewiß sein", schrieb Willy Brandt zum 60. Geburtstag Alfred Naus. Dieses Wort, das Bestand hat, darf getrost weiter gefaßt werden: Unsere demokratische Gesellschaft schuldet ihm Dank.

### Parlamentsreform als bleibende Aufgabe

Es gilt, die Rechte des Bürgers zu stärken

Von Dr. Hans Apel, MdB

Der Fünfte Deutsche Bundestag hat kurz vor dem Abschluß seiner Arbeiten wichtige Beschlüsse zur Parlamentsreform gefaßt. Es sind jedoch wichtige Reformanliegen liegengeblieben. Zudem ist Parlamentsreform eine permanente Aufgabe. Allein unsere Erfahrungen mit der Assistenz für Abgeordnete werden uns zu neuen Überlegungen führen. Außerdem müssen wir zu einer wirksameren inneren Organisationsgliederung des Hauses kommen.

Wesentlicher ist es aber, wichtige sozialdemokratische Anliegen der Demokratiereform zu verwirklichen, die zum Teil bereits die Reife eines Gesetzentwurfs erreicht hatten. Es geht dabei vor allem um die Stärkung der Position des Petitionsausschusses, der Schaffung des Instruments einer Enquete-Kommission, der Verbesserung der Wirksamkeit der Arbeit der Untersuchungsausschüsse. Natürlich wird eine derartige Reform auch der Arbeit der Opposition zugute kommen. Das ist auch jetzt noch für uns ein wesentliches Anliegen der Parlamentsreform. Wesentlicher ist aber, die Rechte des Bürgers gegenüber den staatlichen Institutionen zu stärken, dem Parlament eine größere Informiertheit zu geben und die Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Exekutive zu stärken.

Wir wollen dem Petitionsausschuß das Recht geben, volle Akteneinsicht von den Behörden zu verlangen und das Aussage-Verweigerungs-Recht für Beamte stark einschränken. Der Petitionsausschuß soll ferner in Bonn und im Bundesgebiet die Petenten anhören können, um echte Entscheidungen fällen zu können.

Das Parlament soll das Recht haben, Enquete-Kommissionen einzusetzen. Sie müssen die Möglichkeit haben, Behörden wie Unternehmen und Verbände zu Sachfragen vorzuladen und "auszufragen", sowie Akteneinsicht zur Komplettierung der Informationen zu nehmen. Die jeweiligen Enquete-Kommissionen würde sich nicht nur aus Abgeordneten zusammensetzen, sondern auch Fachleute vereinigen, die die Fraktionen in Vorschlag bringen.

Es muß bei der Reform der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages sichergestellt werden, daß echte Einblicke in den jeweiligen Untersuchungsbereich möglich werden. Wir müssen ferner überlegen, wie es sichergestellt werden könnte, daß sowohl Opposition wie Regierungskoalition bei Prozedur- und Sachentscheidungen des Ausschusses die Wahrheit erreichen können. Es muß aufhören, daß einseitig gemauert werden kann bzw. die Opposition ihre sachliche Unterlegenheit mit ihrer numerischen Unterlegenheit kaschiert.

Die Sozialdemokraten werden auch im Sechsten Deutschen Bundestag Motor der Parlamentsreform sein und alle Fragen gemeinsam mit den anderen Fraktionen beraten und vorantreiben. Unser Parlament hat im westeuropäischen Vergleich eine vergleichsweise moderne Struktur und wirkungsvolle Arbeitsmöglichkeiten. Das ist aber eher Verpflichtung für eine Fortführung der Parlamentsreform als Grund für eine Verschnaufpause.

+ + +

Prädikat: Staatspolitisch wertvoll!

---

Koalitionsbildung und CDU-Reform - einmal anders besehen

H.B. - Die Christlich-Demokratische Union hat es noch nicht verwunden, daß sie erstmals in der 20jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr an der Bundesregierung beteiligt ist. Nicht zuletzt der CDU-Vorsitzende scheint sich mit der neuen Lage noch immer nicht abgefunden zu haben. Ein Symptom: In Mainz ließ er sich gerne mit "Herr Bundeskanzler" titulieren, während der neue Bundeskanzler für ihn "Herr Brandt" war. Wie notwendig die Wachablösung in Bonn war und ist, zeigten die Diskussionen auf dem Mainzer Parteitag über die notwendigen Reformen, die die Union sich jetzt plötzlich zumuten will. Wer einmal dem stattlichen Katalog der Reformwünsche durchgeht, die Unionspolitiker von Kohl über Katzer bis Kiesinger aufgestellt haben, wenn man dazu noch das Register betrachtet, das kritische junge Unionsmitglieder aufgestellt haben, kommt man - gleichgültig, wo man politisch steht - nicht um die Feststellung herum, daß SPD und FDP, daß Willy Brandt und Walter Scheel, sich mit der Schaffung der sozialliberalen Koalition in Bonn auch um die CDU Verdienste erworben haben.

Denn: Wie hätte es zu der dringend notwendigen Selbstbesinnung der Unionschristen kommen sollen, wie zu offenen Diskussionen um das Beck'sche Demokratie-Verständnis, wie zur Selbstkritik wegen des miserablen Verhältnisses der Union zu den Intellektuellen und zu den Massenmedien, wie zu Bemühungen, aus der Union endlich eine Partei werden zu lassen - wenn nicht durch den Verlust der politischen Allmacht in Bonn? Wie sonst hätte es die CDU schaffen können, den Parteivorsitzenden und Kanzler endlich für die Parteiarbeit zu interessieren, wie sonst hätte man die CDU-Oberen dazu bringen können, rein Parteisitzungen nicht im Bundeskanzleramt abzuhalten, wie sonst hätte man der CDU-Fraktion klarmachen können, daß die finanziellen Arbeitszuschüsse aus dem Haushalt des Bundestages vor allem für wissenschaftliche Mitarbeiter der Fraktion bestimmt sind, damit die Parlamentsfraktionen nicht völlig von der Regierung und den einzelnen Ministerien abhängig sind?

Die Aufzählung dessen, was sich in der CDU möglicherweise ändern könnte, wäre seitenlang fortzusetzen. Aber das ist gar nicht nötig. Für jedermann ist es, spätestens mit dem Mainzer Parteitag, klar geworden, wie notwendig es die Union hatte, einmal in die Opposition geschickt zu werden, einmal vom hohen Roß der "Dauerregierungspartei" hinunter zu müssen.

Von daher gesehen sollten Unionspolitiker und unionsnahe Parteifunktionäre auch endlich aufhören, so zu tun, als sei die Koalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten nicht rechtens, als sei es undemokratisch, gegen die stärkste Fraktion zu regieren. Wer bedenkt, daß die neue Koalition der CDU (und vielleicht auch der CSU) die Chance gegeben hat, vom Wählerverein und von der mächtigen Interessentenvereinigung vielleicht doch noch zur großen demokratischen Mitgliederpartei zu werden, der muß das Zustandekommen der sozialliberalen Koalition begrüßen. Aus diesem Blickwinkel müßte man eigentlich der SPD-FDP-Regierung das Prädikat "Staatspolitisch wertvoll" zuerkennen. In wenigen Jahren wird man wissen, ob man auch der Union für die Regeneration in der Opposition dieses Prädikat geben kann. Die Chance ist auf jeden Fall vorhanden. Wenn sie nicht vertan wird, ist die junge Demokratie die Gewinnerin.

## Ohne billige Energie keine Zukunft

### Zusammenhänge zwischen Kernenergie und regionaler Strukturpolitik

In Schleswig-Holstein soll in Kürze mit dem Bau eines Atomkraftwerks begonnen werden. Im Raum Brunsbüttelkoog. Und wenn man den Ankündigungen der Landesregierung Glauben schenken darf, werden später weitere Atomkraftwerke folgen. In Schleswig-Holstein ist das erste deutsche Schiff mit Atomtrieb gebaut worden. Viele Menschen in diesem Land sehen dem Atomzeitalter mit Sorge entgegen. Aber Schleswig-Holstein ist ein armes Land. Nur durch verstärkte Industrieansiedlung kann dieses Land den Anschluß an das Einkommensniveau in der Bundesrepublik finden. Die Wachstumsindustrien der Zukunft brauchen billige Energie. Und billige Energie werden vorläufig - in einer rohstoffernen Region - nur Kernkraftwerke liefern können. Unser Mitarbeiter Peter Fuhrmann untersucht an dieser Stelle die Zusammenhänge zwischen Kernenergie und regionaler Strukturpolitik.

Ein großer Vorzug der Kernkraftwerke gegenüber konventionellen thermischen Kraftwerken und Wasserkraftwerken ist es, daß Kernkraftwerke wegen der niedrigen Transportkosten für den Brennstoff Elektrizität überall zu nahezu gleichen Kosten erzeugen können. So können erstmals in der Geschichte der Industrialisierung Gebiete, die bisher wegen des Fehlens nahegelegener Energiequellen, schlechter Verkehrsverbindungen usw. im "Energieschatten" lagen, energiewirtschaftlich mit den privilegierten Regionen gleichziehen. Dies gilt ganz besonders für die Ansiedlung energieintensiver Industriezweige, vor allem der Grundstoffindustrie (Chemie, Stahl, Aluminium).

Diese Erkenntnisse sind nicht neu. Im Gegenteil, sie wurden schon in den Vordergrund gestellt, als man vor etwa 15 Jahren begann, die künftigen Möglichkeiten und Auswirkungen des Einsatzes der Kernenergie zu untersuchen und darzustellen. Sie traten allerdings später etwas in den Hintergrund, als sich herausstellte, daß solche spezielle Einsatzmöglichkeiten allein nicht genügten, um der Kernenergie zum Durchbruch zu verhelfen, sondern daß dafür zunächst ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit schlechthin erreicht werden mußte. Hinzu kam der Trend zu grossen Blöcken, der durch die bei Kernkraftwerken besonders starke Kostendegression mit wachsender Blockgröße ausgelöst wurde.

Im Sommer dieses Jahres gab es zwei Gelegenheiten in der Bundesrepublik, bei denen darauf hingewiesen wurde, daß sich die Kernenergie auf regionale Wirtschaftsstrukturen bereits heute auszuwirken beginnt. Bei der Einweihung des Kernkraftwerkes Obrigheim betonte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, daß die Kernenergie diesem revierfernen Bundesland erstmals die Vorteile günstiger Stromerzeugungsmöglichkeiten in der Nähe der Industrie ermögliche und somit zu dessen weiterem industriellen Wachstum erheblich beitragen werde. Bei der Unterzeichnung des Vertrages über das Reynolds-Aluminiumwerk in Hamburg betonte Bürgermeister Weichmann die Bedeutung der Kernenergie für den norddeutschen Raum.

Tatsächlich hat das im Bau befindliche Kernkraftwerk Stade bereits wesentlich Impulse für die Industrieansiedlung in diesem Küstengebiet gegeben und hat damit auch noch weitere Kernkraftwerksprojekte in Gang gebracht.

Der wachsende Einsatz der Kernenergie hat auch noch andere strukturelle Wirkungen.

Neben den Erfordernissen und Möglichkeiten auf Grund des Bedarfs an speziellen kerntechnischen Materialien, Produkten und Verfahren legt das Steigen der Einheitsgrößen Kooperationen und Fusionen nahe. Aus diesem Grunde fördert die Kernenergie auch die allmählich in Gang kommende Änderung in der Struktur der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

Die optimale Nutzung der Entwicklungsmöglichkeiten im Kraftwerksbau durch die Errichtung größter Anlagen hat in Deutschland in sehr vielen Fällen eine enge Zusammenarbeit verschiedener Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Voraussetzung, da auch unter den größten dieser Unternehmen nur wenige solche Werke allein bauen und mit der notwendigen Reservehaltung betreiben können.

Ein weiteres Strukturproblem ist schließlich mit einem besonderen Einsatz der Kernenergie verbunden, der sich schon heute abzeichnet: Mit dem Bau von großen Industriekernkraftwerken für die Erzeugung von Strom und Prozeßdampf zur Versorgung von Industriewerken. Hier erhält ein an sich nicht neues Problem der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Energieversorgungsunternehmen neue, weitreichende Dimensionen.

Die Möglichkeit, die Ausnutzung einer Wärmekraftanlage dadurch zu verbessern und somit die Kosten der Energieerzeugung zu senken, daß man die Anlage für mehr als nur einen Zweck verwendbar macht, ist verlockend. Vor allem bietet sich die Koppelung von Elektrizitätserzeugung und zusätzlicher Wärmenutzung an. Heizkraftwerke, Anlagen zur Meerwasserentsalzung, Industriekraftwerke zur Produktion von Prozeßdampf für die chemische Industrie, die Stahlerzeugung usw. sind bereits verwirklichte oder in Aussicht genommene Beispiele.

Allerdings müssen jeweils verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein, um die theoretischen Vorteile tatsächlich realisieren zu können. Für Dampf und Strom muß ein entsprechender Bedarf nahe genug am Standort des Werkes bestehen, damit nicht erhöhte Transportkosten die Ersparnisse bei den Produktionskosten der Energie aufzehren. Der zeitliche Verlauf des Bedarfs muß so sein, daß tatsächlich eine merklich verbesserte Ausnutzung der Anlage erreicht wird. Die Brennstoffkosten müssen so günstig sein, daß der höhere technische Aufwand einer Zweizweckanlage durch die verbesserte Ausnutzung mehr als aufgewogen wird.

Es war von Anfang an nicht zu übersehen, daß Kernkraftwerke mit ihren niedrigen Brennstoffkosten und ihrer Kostenstruktur für Zweizweckanlagen besonders geeignet sind. Trotzdem geht diese Entwicklung langsamer voran als erwartet. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Auch für Zweizweckanlagen gilt die Tatsache, daß infolge der Kostendegression die Wirtschaftlichkeit erst von einer Einheitsgröße an erreicht wird, die für die Gegebenheiten bei uns über 400 MWel liegt.

Industriekernkraftwerke eröffnen somit nicht nur ein neues Feld für die Nutzung der Kernenergie, sie sind auch Vorreiter für den zunehmenden Einsatz der Kernkraftwerke selbst und die zugehörige sicherheitstechnische Entwicklung.

+ + +

## Spaniens Falange ist zerstritten

Machtwechsel entzweit spanische Einheitsbewegung

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Spaniens Falangisten haben kaum noch eine Chance, sich gegen die zur Machtspitze vorgedrungenen Reformer durchzusetzen und auf die Dauer ihre Prinzipien zu retten. Der offene Krach ist bereits da: Die 1964 gegründeten politischen Zirkel "José Antonio", in denen die ultrarechten Falangisten sitzen und die ideologische Richtung der Bewegung zu steuern trachten, haben jetzt der Parteileitung den Fehdehandschuh hingeworfen und erklärt, diese habe ihre doktrinären Leitsätze auf eigene Weise interpretiert. Mit anderen Worten, sie habe sie verfälscht. Diese Anklage richtet sich zwar in erster Linie gegen den abgetretenen Falange- und Syndikatsminister José Solís-Ruiz, doch auch dessen Nachfolger, die je ein Ministerium für die Falange und eines für die Syndikate besetzt halten, werden von dieser Kritik betroffen.

Die Ausweglosigkeit aus dem Dilemma der Falange machen die politischen Zirkel deutlich. Sie etablieren sich als "Pressionsgruppe" und versichern, sie wollen künftig "den Spaniern mehr Freiheit verschaffen". Dies ist ein Widerspruch in sich, denn zur Liberalisierung in Spanien hat die Falange wirklich kaum einen Beitrag geleistet, der freiheitliche Strömungen gefördert hätte.

Ein weiteres Element, das die inneren Widersprüche der Falange verschärft, ist der Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern der Monarchie. In Madrid hat es vor der Ausrufung von Prinz Juan Carlos zum künftigen König häufig Meinungsverschiedenheiten innerhalb des falangistischen Lagers gegeben. Bei den Feierlichkeiten zum 36. Jahrestag der Falange-Gründung demonstrierten denn auch junge Falangisten in Madrid und Barcelona gegen die "Einsetzung eines idiotischen Königs", der zudem noch "in unserem Empfinden" ein Ausländer sei. Die zahlreichen Witze, die über Juan Carlos die Runde machen, dürften weniger in der demokratischen Opposition als im falangistischen Lager entstanden sein. Es scheint manchen Falangisten darum zu gehen, den zurückhaltenden Prinzen auf jede Weise zu diffamieren. Nicht umsonst wurde der Gerücht verbreitet, falangehörige Militärkreise hätten Putschabsichten geäußert. Dies alles sind nur gezielte Waffen in einem unterirdischen Kampf der Falange, die zudem auf verlorenem Posten fischt.

Die Syndikatszeitung "Pueblo" weissagte denn auch, die Opposition von morgen sei die Regierung von gestern. Die Auseinandersetzung innerhalb der Falange wird durch ein neues Element angeheizt: Die vor kurzem eingestellte Madrider Linksfalangisten-Zeitung "Diario SP" soll wieder erscheinen - wer dieses an finanzieller Anämie eingegangene Blatt fördert, dürfte ein Rätselraten wert sein. Denn in Falangekreisen ist zu hören, daß dieses Blatt künftig die "harte Linie" vertreten soll. Das den Reformern nahestehende "Nuevo Diario" sagte den falangistischen Blauhemden klipp und klar, daß ihre Uhr abgelaufen sei: "Jetzt kommt die Stunde der Europäer, der weißen Hemden". Die Uneinigkeit in der Falange wird dieser Bewegung kaum noch politische und moralische Schlagkraft gewähren. Zerfällt aber die Falange, dann stellt sich die Frage, ob die staatlichen Grundgesetze, die auf der Falange-Ideologie basieren, nicht über kurz oder lang zugunsten einer europäischen Lösung entrümpelt werden müssen. Spaniens viele Fragezeichen wurden um ein weiteres bereichert.